

Studien als Kampfmittel

Ein großer Teil der inflationär in der deutschen Medienlandschaft kursierenden Studien, die den Anspruch erheben, empirisch valide und objektiv zu sein, ist nachweislich tendenziös und den jeweiligen partikularen Interessen politischer oder ökonomischer Akteure verpflichtet. Für unterschiedliche Ziele werden Gutachten in Auftrag gegeben, deren einziger Sinn und Zweck darin besteht, die öffentliche Meinung im Sinne der Auftraggeber zu beeinflussen. So entsteht neoliberale Hegemonie: Die Umverteilung von unten nach oben, der Abbau sozialer Rechte und Deregulierung werden pseudowissenschaftlich „begründet“. Dem Journalisten Max Reimer gebühren Dank und Anerkennung für seinen im *Freitag* erschienen Artikel zu diesem Thema. Reimer weist an mehreren Beispielen überzeugend nach, dass angeblich wissenschaftliche Studien im neoliberalen Milieu der deutschen Gesellschaftspolitik vor allem den Zweck haben, den neoliberalen Zielhorizont dem braven Bürger als alternativlos und einzig realistische Zukunftsperspektive zu verkaufen.

Beispiel 1: Neoliberales Ziel – Deregulierung des Taximarktes.

Justus Haucap, ehemals Chef der deutschen Monopolkommission schwadroniert - mit Verweis auf eine Studie - in einem 2014 in der FAZ erschienen Artikel darüber, dass der Taximarkt in Deutschland überreguliert sei. „Tatsächlich wies die Studie nach, dass es für die Kunden sinnvoll wäre, wenn die festen Tarife und Vorschriften der deutschen Taxibranche abgeschafft werden würden. Was Haucap allerdings zu erwähnen vergaß, ist erstens, dass er selbst diese Studie mitverfasst hatte. Zweitens war der Auftraggeber der US-amerikanische Fahrdienstvermittler Uber, der mehrere zehntausend Euro überwies. Nicht nur das: Jahre später belegten die Uber-Files, dass der Konzern ganze Passagen in dem bestellten Gutachten in seinem Sinne umgeschrieben hatte.“¹

Beispiel 2: Frau Reiche erklärt uns, warum wir mehr Gaskraftwerke brauchen. Ein Gutachten wird dazu vom Energiewissenschaftlichen Institut (EWI) der Universität Köln erstellt.

„Ausgerechnet vom EWI. Das hatte im Auftrag u. a. des Bundesumweltministeriums im Jahr 2010 `Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung` vorgelegt. Reiche war damals dort Staatssekretärin. Mit diesen Szenarien begründete damals die Regierung aus Union und FDP, warum die deutschen Atomkraftwerke länger laufen müssten – bis ins Jahr 2035. Ohne Laufzeitverlängerungen sei der Standort Deutschland in Gefahr (...) Wenige Wochen nachdem die damalige schwarz-gelbe Regierung damals das Atomgesetz geändert hatte, ereignete sich die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Sofort wurden acht Reaktorblöcke abgeschaltet – mehr als die Hälfte der deutschen Atomstromkapazität. Der Standort Deutschland brach aber trotzdem nicht zusammen.“²

¹ Nick Reimer, Die Studie als Kampfmittel. Der Freitag Nr.14, 21. August 2025 S. 19

² ebenda

Beispiel 3: Lützerath verschwindet völlig unnötig.

Das EWI wird maßgeblich von den beiden Fossilkonzernen EON und RWE finanziert. Damit die Millionen auch sinnvoll verwendet werden, erstellt das EWI Gefälligkeitsgutachten für die beiden Konzerne. „RWE ließ sich eine Studie über den Braunkohlebedarf im Rheinischen Revier nach dem Jahr 2030 anfertigen. Ergebnis: Die Auslastung der verbleibenden Kohlekraftwerke im Rheinischen Revier wird in allen Szenarien der weiteren Energiewende hoch bleiben. Logisch also, dass das Dorf Lützerath abgebaggert werden musste.

Heute gilt in NRW ein Kohleausstieg bis 2030 – eben weil die verbleibenden RWE – Kraftwerke nicht mehr gebraucht werden. Das Dorf ist völlig unnötig verschwunden. Laut Lobbypedia finanzierten die Konzerne aber nicht nur das Institut, sie sicherten sich auch Einfluss – so das Recht, je einen stimmberechtigten Vertreter in die Berufungskommission für neue Professuren zu entsenden.“³

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Gerd Pütz, Bonn

³ ebenda